

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
Geehrte Damen und Herren des Rates,
Liebe Bürgerinnen und Bürger,

die derzeitige Situation vieler Städte und Gemeinden, in Bezug auf Ihre Finanzen, wurde vor kurzem in einem Zeitungskommentar des Handelsblatts gut beschrieben. Hier finden sich einige Parallelen zu Morsbach:

Der Artikel vom 5. Februar mit der Überschrift „Der Frust an der Basis und die Folgen“¹ erinnert zunächst an das im Grundgesetz verankerte Recht der Kommunen auf Selbstverwaltung inkl. der finanziellen Eigenverantwortung. Dieser Grundsatz sei in der Praxis jedoch kaum noch vorhanden. Im Schnitt sind mehr als 90 Prozent der Ausgaben durch Aufgaben festgelegt, die von Bund und Ländern vorgeschrieben werden. Die finanzielle Ausstattung mit entsprechenden Mitteln fehle dabei meist. Während die Gemeinden die Ausgaben also überwiegend diktiert bekommen, können sie auf der anderen Seite ihre Einnahmen nur sehr bedingt beeinflussen. Wichtige Geldquellen sind z.B. die sog. „Schlüsselzuweisungen“ vom Land und die mit der Wirtschaftsentwicklung stark schwankende Gewerbesteuer. Beides können Kommunen nicht beeinflussen. Viele rutschen so mehr und mehr in eine Zwangsverschuldung. Es regiert aufgrund der fehlenden Perspektiven vielfach der Frust. Die Kommunen beschließen ein paar Sparmaßnahmen um zu demonstrieren, dass sie etwas tun - das Defizit im Haushalt wird dadurch nur geringfügig geschmälert. In Morsbach beispielsweise machen die im Haushaltssicherungskonzept für die nächsten 3-4 Jahre vorgeschlagenen Sparmaßnahmen nicht einmal ein Viertel des Fehlbetrags von 4,3 Mio. EUR allein für 2010 aus! Aber schon diese Maßnahmen bedeuten deutliche Einschnitte bei den Leistungen der Gemeinde für unsere Bürger. Für die Misere sind aber keineswegs wie von der CDU unterstellt Bürgermeister Bukowski oder die zitierte „Bunte Liste“ verantwortlich. Den Großteil des Defizits macht die eingebrochene Gewerbesteuer aus! So bleibt uns scheinbar kaum mehr übrig als abzuwarten und zu hoffen, dass sich die Gewerbesteuereinnahmen schneller wieder erholen als derzeit angenommen. Die Kommunalaufsicht kann dabei auch nicht viel mehr tun als ein paar Ermahnungen aussprechen und hier und da noch verbliebene „freiwillige Leistungen“² zu streichen.

Der Autor des zitierten Artikels stellt abschließend die Frage ob sich zukünftig noch Bürger finden, die sich vor diesem Hintergrund kommunalpolitisch engagieren wollen. Meine Damen

¹ vgl. Wiebe: Der Frust an der Basis und die Folgen, Handelsblatt 5.2.2010, S. 6f.

² Freiwillige Leistungen sind gesetzlich nicht vorgeschrieben (Jugend-, Vereinsfördermittel etc.).

und Herren, die BFM beantwortet diese Frage mit „Ja“. Aber wir sind uns alle bewusst, dass dies auch mit notwendigen Veränderungen bei der Finanzierung der Kommunen verbunden sein muss. Dazu haben wir einen Resolutionsantrag³ in den Gemeinderat eingebracht:

Auf die strukturellen Finanzprobleme muss seitens der oberbergischen Bürgermeister bei Bund, Land und Kreis aufmerksam gemacht werden verbunden mit entsprechenden Verbesserungsvorschlägen. Dies ist die einzige Chance, an der desolaten Finanzlage vor unseren Haustüren wirklich etwas zu ändern. Es reicht aus unserer Sicht nicht aus, sich auf den Städte- und Gemeindebund als Vertreter der Kommunen zu verlassen. Wir müssen selbst aktiv sein und den Druck von unten weiter aufrecht halten. Dann besteht die berechtigte Hoffnung, dass sich noch in diesem Jahr etwas ändert – so wurde vom Bundesfinanzministerium am 4. März ein erstes Treffen einer eigens errichteten Kommission zur Neuordnung der kommunalen Finanzen einberufen. Dort gilt es aus unserer Sicht anzusetzen und konkrete Vorschläge einzubringen – warum nicht auch von einer Gruppe oberbergischer Kommunen?

Wenden wir uns nun noch der derzeitigen Schulsituation in Morsbach zu: Die Verhinderungstaktik der Bezirksregierung ist leider - wenn auch knapp - aufgegangen. Fünf Anmeldungen fehlten zum Schluss für die Errichtung der Gesamtschule. Aber der Elternwille ist trotzdem - erneut - offenkundig geworden: Zwei Drittel der Morsbacher Eltern meldeten ihre Kinder an. Das ist die höchste Übergangsquote in ganz NRW! Was fehlte, waren genügend der notwendigen Einpendler. Hier haben die schwarz-gelbe Landespolitik und die Bezirksregierung als verlängerter Arm mit ihren Verunsicherungsmanövern ganze Arbeit geleistet. Auch die CDU Morsbach hat sich ja bekanntlich mehrfach gegen eine Reform gestellt und sprach kürzlich noch von Morsbachs „wunderschöner bestehender Schullandschaft“. Bei null Erstanmeldungen an der Hauptschule und 17 an der Realschule geht diese Einschätzung aber deutlich an der Realität vorbei. In der Folge werden nun die bisherigen Schulen zunächst weitergeführt. Dazu kamen zumindest noch genügend Zweitanmeldungen zusammen.

Zur Attraktivitätssteigerung bietet man uns aus Köln nun eine Verbundschule oder den Ganzttag für die Realschule. Aber welche Verbesserung soll das sein? Die Verbundschule ist auch eine Art Gesamtschule nur ohne gymnasialen Zweig und ohne der Möglichkeit eines Abiturs vor Ort. Und der Ganzttag allein kann eine Schullandschaft nicht nachhaltig sichern. Dies zeigt (leider) das Beispiel der Morsbacher Hauptschule. Trotz Ganzttag gehen die Anmeldezahlen dort stetig zurück.

Die BFM wird sich weiter für die Schaffung einer attraktiveren Schullandschaft in Morsbach

³ vgl. BFM-Antrag vom 17.2.2010.

einsetzen - mit der Möglichkeit aller Schulabschlüsse inkl. Abitur vor Ort. Wir sind - wie die Mehrzahl der Eltern - weiterhin von der Gesamtschule als beste Lösung für die Gemeinde überzeugt!

Abschließend bleibt festzuhalten, dass wir als BFM uns den Herausforderungen stellen und sinnvolle Einsparungen mittragen. In diesem Zusammenhang ist unser Antrag auf Kürzung der Fraktionszuwendungen als Signal zu verstehen. Auch wir als Kommunalpolitiker wollen einen Sparbeitrag leisten. Auf ein Wahlplakat mehr oder weniger können die Bürger wahrscheinlich verzichten, auf das Freibad oder die Bücherei sicher nicht.

Auch können wir trotz geringen finanziellen Spielraums in diesem Jahr zukunftsweisende Projekte realisieren, wie zum Beispiel ein Morsbacher Klimaschutzkonzept oder der kombinierten Veranstaltungsstätte/Mensa im Schulzentrum.

Zum Schluss gilt unser Dank dem Kämmerer Klaus Neuhoff sowie allen beteiligten Mitarbeitern der Gemeindeverwaltung für die Aufstellung des Haushalts. An dieser Stelle sollen aber auch alle Bürgerinnen und Bürgern nicht vergessen sein, die sich in vielerlei Art ehrenamtlich für unsere Gemeinde engagieren.

Vielen Dank!

Die Fraktion der Bürgerbewegung für Morsbach